

Auswertung der Stellungnahmen zum Konsultationsentwurf der Grundsätze nach § 77i Abs. 4 TKG

In diesem Dokument wurden die wesentlichen Punkte und Argumente aus den eingegangenen Stellungnahmen dargestellt und gegebenenfalls um eine Einschätzung der Beschlusskammer 11 ergänzt. Sofern sich daraus ein Änderungsbedarf für die Grundsätze ergab, ist zudem angegeben, wie und an welcher Stelle der Grundsätze dieser umgesetzt wurde.

Thema	Stellungnahme von		BK11 Einschätzung	Umsetzung
		Argument		
Allgemein	Telekom, S. 1	Konsultation wird begrüßt, da Grundsätze Transparenz schaffen.	–	–
	(S. 1 f.)	Sowohl der Konsultationsentwurf als auch die bisherigen Entscheidungen der BK11 gingen von rechtlich unzutreffenden Prämissen aus: Laut Rechtsauffassung der Telekom solle lediglich über die Entgelte der Koordinierungsvereinbarung entschieden werden; d. h. keine (anteiligen) Kosten für Erdarbeiten. Alle Aussagen der Stellungnahme seien daher nur vorsorglich, falls ein Gericht diese Position nicht teilen sollte.	Auch wenn der Wortlaut diese Auffassung auf den ersten Blick nahelegen mag, so ist ihr im Ergebnis nicht beizupflichten. Die geforderte generelle Nichtberücksichtigung der Tiefbaukosten würde dazu führen, dass diese im Ergebnis immer komplett vom Verpflichteten zu tragen wären und damit Fälle entstehen können, bei denen eine Mitverlegung nach § 77i Abs. 3 S. 2 Nr. 1 TKG dann unzumutbar wäre. Eine Berücksichtigung der Tiefbaukosten und somit eine Möglichkeit der Aufteilung der eigentlichen Tiefbaukosten muss daher bestehen. (S. a. Konsultationsdokument v. 2018, S. 35.)	Keine Umsetzung, aber entsprechenden Hinweis in die Einführung in die Grundsätze aufnehmen.
	(S. 2)	Grundsätze müssten vor allem einfach, vorhersehbar und praxisnah sein.	Die Grundsätze wurden so einfach wie möglich und so detailliert wie nötig gefasst.	Kein Umsetzungsbedarf
	VKU, S. 2	Überwiegend Zustimmung, da die Grundsätze v.a. Klarheit schufen.	–	–
Zeitpunkt der Konsultation	EWE TEL, S. 1 f. VKU, S. 2 f.	Die Konsultation solle ruhen, bis die TKG-Novelle verabschiedet ist, um bereits absehbare Änderungen (insbes. den neuen Unzumutbarkeitstatbestand Beeinträchtigung des Hauptzwecks von Bauarbeiten) besser berücksichtigen zu können.	Aufgrund der bisher absehbaren TKG-Änderungen ist bislang kein Anpassungsbedarf bei den Grundsätzen zu erkennen, der für sich genommen ein Abwarten nahelegen würde. Ohnehin können die Grundsätze bei Notwendigkeit jederzeit angepasst werden.	Nein
Verhältnis zum geförderten Ausbau	BREKO, S. 3 EWE TEL, S. 2	Grundsätze sollen mit bestehender Regelung der atene KOM abgestimmt werden bzw. konsistent zu ihr sein.	Die Grundsätze nach § 77i Abs. 4 TKG müssen auch für komplexere Fälle zu einem mit § 77i Abs. 3 S. 2 Nr. 1 TKG konformen Ergebnis führen. Ungeachtet dessen wäre in einem solchen Fall der Unzumutbarkeitstatbestand des § 77i Abs. 3 S. 2 Nr. 1 TKG erfüllt. Insofern geht die Abfassung allgemeingültiger Grundsätze zu Lasten der Einfachheit einer Regelung, wie sie im Förderkontext Anwendung findet. Im Übrigen gelten die Grundsätze nur im Streitbeilegungsverfahren verbindlich. Im Förderkontext bedeutet dies: <ul style="list-style-type: none"> Bei einer Eigenmitverlegung sind die Grundsätze nach § 77i Abs. 4 TKG insofern nicht relevant, als hier keine Streitfälle zu erwarten sind. Bei der Mitverlegung durch einen Dritten wären – sofern sie überhaupt nach § 77i Abs. 3 TKG zumutbar wäre – im Streitbeilegungsverfahren vor der Nationalen Streitbeilegungsstelle die Grundsätze nach § 77i Abs. 4 TKG maßgeblich. 	Keine Anpassung; Hinweis in die Einführung in die Grundsätze aufgenommen, dass in Streitbeilegungsverfahren Maßstäbe anzuwenden sind, die aus dem Gesetz abgeleitet wurden und gesetzeskonform sein müssen.
	Telekom, S. 2	Begrüßen das Schreiben der atene KOM und stellen klar, dass aus ihrer Sicht die konsultierten Grundsätze nicht im Förderkontext gelten.	Zum Geltungsbereich s. o. die Einschätzung zu den Stellungnahmen von BREKO und EWE TEL.	S. o.

Thema	Stellungnahme		BK11	
	von	Argument	Einschätzung	Umsetzung
2 Kostenabgrenzungen	BREKO, S. 2	Zuordnung der Personalkosten / anderen Kosten zu den „nicht direkt zuordenbaren“ sei nicht sachgerecht. Verweis auf HOAI sei zu pauschal.	Personalkosten und auch andere Kosten des Verpflichteten können durchaus auch dem Petenten direkt zugeordnet werden – z. B. durch geeigneten (möglichst gegengezeichneten) Nachweis. Der Verweis auf die HOAI ist in den Grundsätze als Beispiel angeführt (wenn Kosten nicht anders ermittelt werden können oder ohnehin über die HOAI ermittelt würden).	Abschnitt 2.2 entsprechend ergänzt. Abschnitt 2.1 entsprechend konkretisiert.
	EWE TEL, S. 3	Fordert, Personalkosten auch direkt dem Petenten zuordnen zu können. Die HOAI greife zu kurz.	S. hierzu Einschätzung zur Stellungnahme BREKO. S. hierzu Einschätzung zur Stellungnahme BREKO.	S. o. S. o.
	VKU, S. 4	Kostenabgrenzungen seien grundsätzlich richtig. Allerdings sei hinsichtlich der Personalkosten der Bauleitung & Planung sowie der Bestimmung von Kosten anhand HOAI eine Nachschärfung erforderlich.	S. hierzu Einschätzung zur Stellungnahme BREKO. S. hierzu Einschätzung zur Stellungnahme BREKO.	S. o. S. o.
	Telekom, S. 3	Die Differenzierung nach direkt zuordenbaren und damit unmittelbar zu tragenden Kosten und nicht direkt zuordenbaren Kosten wird begrüßt.	–	–
	VDV, S. 1	Vorab sollten keine Kosten(arten) ausgeschlossen werden. Eventuelle Folgekosten müssten berücksichtigt werden (vgl. Begleitdokument Kap. 3.1, S. 3).	Die Beschreibung ist in den Grundsätzen abstrakt und damit offen genug, um auch die Bedingungen des Eisenbahnbetriebs berücksichtigen zu können. Die in der Stellungnahme angeführten Folgekosten haben i. d. R. nichts mit den Baukosten zu tun, zu deren Aufteilung die Grundsätze dienen, sondern mit Einschränkungen, die sich Infrastruktur Dritter im laufenden Betrieb ergeben. Diese sind gesondert im Rahmen einer Vereinbarung/Gestattung zur Nutzung von Flächen und Anlagen der Verpflichteten zu regeln.	Beschreibung in Grundsätzen geprüft, Änderungen s. o. Hinweis hierzu in die Einführung in die Grundsätze aufgenommen.
3.1 Parameter, und gewähltes Beispiel	EWE TEL, S. 3 f. VKU, S. 4 f.	Beispiel sei zwar nachvollziehbar, bilde aber nur einen kleinen Ausschnitt der Realität ab. In der Praxis gebe es viele Konstellationen und Rahmenbedingungen, durch die weitreichende zusätzliche Aufwände entstehen, die nur durch die Mitverlegung entstünden und daher nicht zulasten des aufnehmenden Versorgungsnetzes gehen dürften.	Die Grundsätze sind eine abstrakte Regelung, die zum besseren Verständnis Beispiele enthält; diese sind keine abschließende Arbeitsanweisung, die für alle nur denkbaren Fälle exakte Vorgehensweisen vorgibt. Im Grunde sind die angeführten Beispiele allesamt durch die Regelungen der Grundsätze abgedeckt.	Entsprechenden Hinweis in die Einführung in die Grundsätze aufgenommen.
	VDV, S. 1	Eisenbahnbetrieb weise Besonderheiten auf und sei nicht mit dem Straßenbau vergleichbar	S. o. die Einschätzung zur Stellungnahme von EWETEL und VKU zu diesem Thema sowie zu den Kostenabgrenzungen in der Stellungnahme des VDV.	S. o.

Thema	Stellungnahme von		BK11	
		Argument	Einschätzung	Umsetzung
3.2 Mitverlegung bei anderen Versorgungsnetzen (TK/nicht-TK-Fall) Kostenteilung	BREKO, S. 2 f.	Die Aufteilung der Kosten nach Anzahl der Parteien sollte in einfachen Fällen bei TK/Nicht-TK die Standardmethode sein.	Würde wegen der höheren Ausbaurkosten für hochleistungsfähige TK-Netze dem Grundgedanken der Kostensenkungsrichtlinie widersprechen.	Keine Umsetzung
	EWE TEL, S. 5	Auch bei der Mitverlegung bei übrigen Versorgungsnetzen sollten die nicht-zuordenbaren Kosten aufgeteilt werden; d. h. Gleichverteilung des Synergiepotentials.	S. hierzu die Einschätzung zur Stellungnahme BREKO.	Keine Umsetzung
	VDV, S. 1	Fordert auch bei der Mitverlegung bei übrigen Versorgungsnetzen eine Kostenteilung über die Zusatzkosten hinaus, um Synergien heben zu können.	S. hierzu die Einschätzung zur Stellungnahme BREKO.	Keine Umsetzung
	VKU, S. 5 f.	Auch bei der Mitverlegung bei übrigen Versorgungsnetzen sollten die Kosten geteilt werden, um Synergien zu nutzen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Dies treibe den Glasfaserausbau „unkompliziert“ voran. ▪ Ggf. trage der Erstausbauende mehr Zusatzkosten, da deren Nachweis schwer zu erbringen sei und ggf. Verzögerungen des ursprünglichen Projektes entstünden. ▪ Teilung stelle dann einen Anreiz dar, einer Mitverlegung auch ohne langen Streit zuzustimmen. 	S. hierzu die Einschätzung zur Stellungnahme BREKO.	Keine Umsetzung
	Telekom, S. 2, 3 (S. 3 f.)	Zusatzkosten für den Petenten reichten aus.	–	–
		Aufteilung der Tiefbaukosten wird kritisch gesehen, da <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stand-Alone-Kosten ggf. geschätzt werden müssten, ▪ Teilung nach Grabendimension nicht sachgerecht, weil dafür umfangreich Ermittlungen durchgeführt werden müssten und i. Ü. auch dass der überwiegende Teil der Tiefbaukosten durch die Aufnahme und Wiederherstellung der Oberfläche entstünden. ▪ Teilung nach Anzahl der Leitungen auch nicht sachgerecht (ggf. unterschiedliche Durchmesser der Rohre und Verlegetiefen). ▪ pauschale/prozentuale Regelungen (auch 50:50) grundsätzlich nicht zu den erhofften Synergieeffekten führten. 	Deshalb ist auch die Kostenteilung anhand der Grabenquerschnitte möglich. Im Rahmen einer Projektplanung müssen diese Ermittlungen ohnehin durchgeführt werden. I. ü. verfügt die Telekom mit der ZTV TKNetz 10 über ein geeignetes Regelwerk hierfür. Gerade mit diesem Verfahren können die überproportional hohen Oberflächenkosten sachgerecht den Parteien zugeordnet werden. Dies wurde nicht zuletzt mithilfe von der Bundesnetzagentur vorliegenden Kalkulationsunterlagen auf seine Durchführbarkeit überprüft. Hier liegt ein Widerspruch zu den weiter oben in der Stellungnahme begrüßten Regelungen beim geförderten Ausbau vor, denn die angeführten Ablehnungsgründe können auch dort vorliegen. Ist für die in diesem Abschnitt geregelten Fälle auch nicht vorgesehen.	Kein Umsetzungsbedarf Keine Umsetzung – –
	Vodafone, S. 1f.	Kostenallokationsmethoden seien bezüglich der Zusatzkosten sachgerecht und praxistauglich.	--	–
	S. 2 f.	I. d. R. sei eine Unterscheidung TK oder Nicht-TK bzw. eine Kostenteilung über die Zusatzkosten hinaus nicht erforderlich. Wenn private Mittel eingesetzt werden, sollten maximal diese aufgeteilt werden.	Die Argumentation, dass wegen der öffentlichen Mittel nur die Deckung der Zusatzkosten erforderlich sei, wurde bereits in der vorangegangenen Konsultation vorgetragen. Das DigiNetzG differenziert bei Kostenteilungen und Entgelten nicht zwischen öffentlichen und privaten Mitteln.	Keine Umsetzung
Anreizaufschlag	Vodafone, S. 2	Es wird begrüßt, dass kein Anreizaufschlag in die Grundsätze aufgenommen wurde.	--	–

Thema	Stellungnahme von		BK11	Umsetzung
		Argument	Einschätzung	
3.3 Mitverlegung bei Telekommunikationsnetzen (TK/TK-Fall) Kostenteilung	BREKO S. 2 f.	Zumindest in einfachen Fällen solle Kostenteilung nach Anzahl beteiligter Parteien als Standardmethode vorgesehen werden.	Sowohl bei Shapley als auch Grabendimensionen entspricht das Ergebnis in einfachen Fällen (d. h. identische Stand-Alone-Kosten bzw. -Grabenprofile) einer pauschalen Teilung nach Parteien. Auf diese Möglichkeit wurde im Entwurf der Grundsätze am Ende von Abschnitt 3.3.1 hingewiesen. Da die Regelung auch auf komplexe Fälle anwendbar sein soll, werden die Methoden mit dem breitesten und nicht die mit einem geringeren Anwendungsspektrum als Standardmethoden für die Grundsätze herangezogen.	Kein Umsetzungsbedarf
		Shapley-Wert sei ungeeignet, da Stand-Alone-Kosten nur geschätzt werden können, was schwierig und unvorhersehbar sei.	Deshalb enthalten die Grundsätze für diese Fälle die Variante nach Grabendimensionen.	Kein Umsetzungsbedarf
	Telekom, S. 4 f.	Zusatzkosten + Beteiligung an Tiefbaukosten sei sachgerecht.	–	–
		Empfehlenswert und praxisnah ist eine pauschale/prozentuale Regel: 45 % der Kosten für das aufnehmende TK-Unternehmen und 55 % für den Mitverlegungspetenten.	Kosten können in der Praxis im gemeinsamen Einvernehmen nach wie vor so aufgeteilt werden. In der Streitbeilegung kann dies aber zu unzumutbaren Kostenteilungen führen und ist daher in diesen Fällen nicht anwendbar.	Keine Umsetzung
		Teilung nach Shapley-Wert in den Abschnitten 3.3.1 und 3.3.2 wird unter Verweis auf BK3a-14/011 als zu komplex abgelehnt.	Der Shapley-Wert wurde im Verfahren BK3a-14/011 nicht für die Aufteilung von Kosten auf zwei voneinander unabhängige Unternehmen diskutiert, sondern in einem anderen Zusammenhang vorgeschlagen und in diesem Kontext als ungeeignet und somit nicht wegen der knappen Bearbeitungszeit abgelehnt (vgl. S. 43, 46 des Beschlusses). Bei der Variante anhand der Grabenquerschnitte in Abschnitt 3.3.2 ist – aufgrund der Erkenntnisse aus der auch mit mehr als zwei Parteien durchgeführten Analyse der Kostenteilungsmethoden – die Komplexität auch bei mehr als zwei Parteien beherrsch- und vertretbar.	Kein Umsetzungsbedarf
	VKU, S. 3	Nach der TKG-Novelle werde es TK/TK-Fälle nicht mehr geben.	Sicher sind deutlich weniger Fälle als bisher zu erwarten, dennoch ist noch nicht absehbar, ob gar keine Fälle mehr möglich sein werden.	Kostenteilung TK-TK bleibt.
	Vodafone, S. 2-5	Pauschallösungen nicht sachgerecht, daher richtig, dass sie nicht in die Grundsätze aufgenommen wurden.	–	–
	(S. 2 f.)	Nicht nachvollziehbar, dass die Mitverlegung von TK- bei TK-Netzen Auswirkungen auf den Wettbewerb habe und daher eine Kostenteilung vorgenommen werden müsse. Dafür gebe es keinen Anknüpfungspunkt im Gesetz. Das sei auch nicht erforderlich, da <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitnutzungsentgeltmaßstäbe nicht übertragbar seien, denn Mitverlegung sei nur bei Verwendung öffentlicher Mittel vorgesehen, daher kein zusätzlicher Anreiz zur Koordinierung nötig. 	Es geht hier nicht nur um Anreize, Mitverlegung zu gewähren, sondern auch um die Auswirkungen auf den Wettbewerb und Fehlanreize für Telekommunikationsunternehmen, abzuwarten, bis ein anderes Telekommunikationsunternehmen als Erstinvestor auftritt und alle weiteren dann nur noch zu Zusatzkosten mitverlegen könnten. Dies würde dann zum einen zu ungleichen Ausgangsbedingungen führen und zum anderen ein Investitionshemmnis darstellen.	Keine Umsetzung
	(S. 3)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzgeber keine zusätzliche Differenzierung zwischen TK und Nicht-TK Unternehmen vorsieht (auch nicht in der TKG-Novelle). 	Dies ist im DigiNetzG nicht ausgeschlossen und aus Gründen des Wettbewerbs i. V. m. den Beschleunigungszielen geboten.	Keine Umsetzung
	(S. 3-5)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ sie nach dem 5. TKG-Änderungsgesetz nicht mehr vorkommen. Eine Kostenteilung sollte daher (wenn überhaupt) nur ausnahmsweise zur Anwendung kommen (besser ganz weglassen).	Nach dem 5. TKG-Änderungsgesetz sind noch immer TK-TK-Fälle möglich; ob nach dem Inkrafttreten des novellierten TKG keine Fälle mehr möglich sein werden, ist noch nicht absehbar.	Kostenteilung TK-TK bleibt.

Thema	Stellungnahme von	Argument	BK11 Einschätzung	Umsetzung
Berücksichtigung des Geschäftsplans	BREKO, S. 2	Eine Kostenteilung bei TK/TK-Fällen sei gut. Darüber hinaus sollten aber auch die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Investitionen des Verpflichteten in Form eines angemessenen Aufschlags berücksichtigt werden. Grundsätze sollten eine Regelung dahingehend enthalten (trotz des im TKGE neu eingeführten Unzumutbarkeitstatbestandes).	– Die Stellungnahme enthält über den Wunsch, die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell zu berücksichtigen, hinaus keine Vorschläge, wie diese konkret zu bestimmen wären. Da die Mitverlegungspflicht – anders als bei der Mitnutzung – nur greift, wenn (zumindest teilweise) mit öffentlichen Mitteln gebaut wird, wäre in diesem Kontext allerdings auch die Sozialpflichtigkeit der öffentlichen Mittel entsprechend zu berücksichtigen. Der Gesetzgeber hat bei der Mitverlegung überdies keine Gewährung eines „angemessenen Aufschlags“ vorgesehen. Sofern die Beeinträchtigung des Hauptzwecks der ganz oder überwiegend öffentlich finanzierten Bauarbeiten als weiterer Unzumutbarkeitstatbestand im TKG eingeführt werden sollte, dürfte in der Regel eine Mitverlegung, die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell des Verpflichteten hätte, unzumutbar sein. Dann wäre eine Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Geschäftsmodell des Verpflichteten ohnehin nicht mehr erforderlich.	– Keine Umsetzung
	EWE TEL S. 3	Es müsse eine Kostenteilung nach dem Opportunitätskostenprinzip möglich sein.	Über den Wunsch hinaus, Opportunitätskosten zu berücksichtigen, wird in der Stellungnahme nichts vorgetragen, wie die im Begleitdokument unter 3.4.5 beschriebenen Parameter gerichtsfest bestimmt werden können. Hierzu enthält auch die Stellungnahme (einschließlich Anlage) zum Konsultationspapier von 2018 keine tragfähigen Aussagen.	Vorerst keine Aufnahme in Grundsätze.
	Telekom, S. 5	Der Opportunitätskostenansatz habe methodische Schwächen und werde daher abgelehnt. Er bedürfe eines erhöhten Ermittlungsaufwandes und basiere dennoch auf Prognosen/Schätzungen. Zudem müssten ggf. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zur Ermittlung genutzt werden. Insgesamt seien die dadurch gewonnenen Erkenntnisse nicht mit der nötigen Bestimmtheit festzulegen.	–	–
	Vodafone, S. 5	Wenn überhaupt ausnahmsweise eine Kostenteilung infrage komme (und dann nur für den privat finanzierten Kostenanteil einer Maßnahme), dann sei auf den Geschäftsplan und nicht die im Konsultationsentwurf vorgesehenen Methoden abzustellen.	S. hierzu die Einschätzung zur Stellungnahme EWE TEL	Vorerst keine Aufnahme in Grundsätze.
Überbauschutz	EWE TEL S. 5	Ein Überbau sollte bei TK/TK vermieden werden (vgl. TKG-Novelle)	Den Schutz vor Überbau über Kostenteilungsregeln erreichen zu wollen, käme der Einführung eines weiteren Unzumutbarkeitstatbestands gleich, der zudem die Gefahr des Entstehens von neuen (lokalen) marktbeherrschenden Stellungen oder Monopolen birgt. Angesichts der Tragweite sollte eine Regelung zum Überbauschutz dem Gesetzgeber vorbehalten bleiben.	–